



BANGLADESCH

factsheet

2025-04

südwind
INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

Arbeiterinnenprotest in Bangladesch

ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK **BANGLADESCH: EIN LAND VERÄNDERT SICH**

VON DR. SABINE FERENSCHILD

Bangladesch befindet sich im Wandel. Im Sommer 2024 erkämpften die Menschen in dem Land einen Regierungswechsel: Nach Jahrzehnten der zunehmenden Unterdrückung von Zivilgesellschaft und Gewerkschaften während der Regierungszeit von Sheikh Hasina sieht es seit dem Sturz ihrer Regierung Anfang August 2024 danach aus, als würden Meinungs- und Versammlungsfreiheit zurückkehren und demokratische Strukturen gestärkt werden.

Die jüngsten Entwicklungen, gestaltet von einer Übergangsregierung unter der Führung des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus, sind noch nicht in die Bewertungen Bangladeschs als „unter-

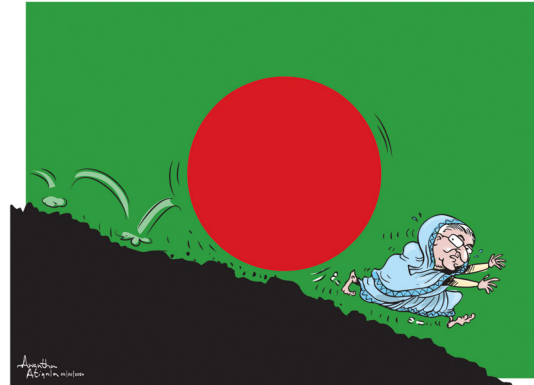
drückte“ Gesellschaft durch den CIVICUS Monitor, in die Einstufung Bangladeschs im Global Rights Index als eines der zehn schlimmsten Länder der Welt für arbeitende Menschen oder in die Einschätzung einer „sehr ernsten Lage“ in Bezug auf die Pressefreiheit eingeflossen (CIVICUS 2024, ITUC CSI IGB 2024: 6, Reporter ohne Grenzen 2024). Doch vermutlich werden sich diese Bewertungen in den nächsten Monaten verbessern, sofern sich die demokratischen Entwicklungen in Bangladesch stabilisieren. Für Bangladesch lässt sich vorerst – im Unterschied zu in anderen Ländern dominierenden Trends von Shrinking Spaces – von neuen Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft sprechen.

EIN BLICK ZURÜCK

1971 erlangte Bangladesch seine Unabhängigkeit von Pakistan, nachdem es unter britischer Kolonialherrschaft zunächst Teil von Britisch-Indien war und anschließend - nach der Unabhängigkeit Indiens (1947) - von Großbritannien als muslimische Region im östlichen Teil Britisch-Indiens mit der muslimischen Region im Westen des Subkontinents zum Staat Pakistan geformt wurde. Sprachunterschiede und die riesige Entfernung zwischen Ost- und Westpakistan trennten beide Landesteile stärker als die Verbindung der gemeinsamen Religion. Bei den ersten freien Parlamentswahlen in Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch, gewann im Jahr 1970 die Awami-League die absolute Mehrheit. Dieses Wahlergebnis wurde von Westpakistan nicht anerkannt und blutig unterdrückt. Es folgte ein Unabhängigkeitskrieg, aus dem Ostpakistan mit indischer Unterstützung siegreich hervorging und daraufhin die unabhängige Volksrepublik Bangladesch ausrief.

Der erste Präsident, Sheikh Mujibur Rahman, Vater der bis vor kurzem regierenden Sheikh Hasina, wurde 1975 ermordet. Daraufhin begann eine Militärdiktatur, die 1990 durch massive öffentliche Proteste ein Ende fand. In den folgenden, mehr oder weniger demokratischen Jahren wechselten sich die Awami-League und die Bangladesh Nationalist

Party (BNP) unter ihrer Anführerin Khaled Zia an der Regierung ab (Asha o.J.). In der letzten Dekade war die Awami-League unter Sheikh Hasina durchgehend in Regierungsverantwortung - bis Anfang August 2024.



Sheikh Hasina flieht

GEFÄHRLICHER KAMPF FÜR MENSCHENRECHTE

Bevor die Regierung von Sheikh Hasina zurücktreten musste und die Premierministerin ins Exil ging, engte sich der Handlungsspielraum für alle, die sich für soziale und politische Menschenrechte einsetzten, immer weiter ein. Beschäftigte, die von ihrem Recht auf die Gründung einer Gewerkschaft Gebrauch machen wollten, wurden willkürlich von staatlichen Sicherheitskräften verprügelt und zum Teil verhaftet (ITUC CSI IGB 2024: 20). Schlagstöcke, Tränengas und Schüsse wurden gegen protestierende Bekleidungsarbeiter*innen eingesetzt (ebd.: 30). Die massive Behinderung von unabhängigen Gewerkschaften hat in der letzten Dekade, seit dem Fabrikeinsturz von Rana Plaza im Jahr 2013, dazu geführt, dass die Hälfte der seitdem gegründeten Gewerkschaften aus sogenannten ‚gelben Gewerkschaften‘ besteht. Das sind Gewerkschaften, die in der Regel dem Management nahestehen und ansonsten weitgehend inaktiv sind (ebd.). Die Repression traf auch Personen wie Muhammad Yunus, der heute als „Chefberater“ die Übergangsregierung leitet (IAN 2024: 12). Auch Organisationen, die durch ausländische Geldgeber Finanzmittel erhielten, wurden durch den „Foreign Donations (Voluntary Activities) Regulation Act“ von 2016 in ihrem Handeln kontrolliert und eingeschränkt, einschließlich der Anforderung, alle Aktivitäten von der Regierung genehmigen zu lassen (Dodsworth / Cheeseman: 4).

Dass Proteste von Beschäftigten immer wieder aufflammten, lag nicht nur an der eingeschränkten Gewerkschaftsfreiheit, sondern insbesondere auch an der sehr prekären Lohnsituation. Die mehr als 4 Millionen Beschäftigten der für das Land sehr wichtigen Bekleidungsindustrie arbeiten in einem Mindestlohnsystem, das nicht zum Leben reicht.

SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehören die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Akteur*innen. Weltweit ist verstärkt zu beobachten, dass zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten oder bürokratische und finanzielle Hürden für NGOs. Auch für Einzelpersonen wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen reichen von Einschüchterungen über Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

In insgesamt acht Factsheets greift SÜDWIND diese Thematik anhand von Beispielländern aus Afrika, Amerika und Asien auf.

INFODATEN
 BANGLADESCH

Hauptstadt	Dhaka
Bevölkerungszahl	174,7 Mio. (2024)
Wichtigste Ausfuhr­güter	Textilien/Bekleidung, Schuhe (2023)
Wichtigste Abnehmer­länder	1. USA 2. Deutschland 3. Vereinigtes Königreich 4. Spanien (2023)
Wichtigste Ausfuhr­güter nach Deutschland	Textilien/Bekleidung, Schuhe, KFZ und -Teile
Rangliste der Pressefreiheit	165 (von 180 Ländern)
CIVICUS Monitor	unterdrückt (24 von 100 Punkten)
Global Rights Index	5 (keine Garantie von Rechten)
LGBT Equality Index	27 (Platz 129 von 197)

Quellen: UNFPA 2024, GTAI 2024d, CIVICUS Monitor 2024, Reporter ohne Grenzen 2024, ITUC 2024, Equaldex 2025



Nur alle fünf Jahre angepasst, hinkt die Mindestlohnentwicklung den Lebenshaltungskosten ständig deutlich hinterher. Während zum Beispiel die Gewerkschaften bei den nur alle fünf Jahre stattfindenden Mindestlohnverhandlungen im Herbst 2023 einen Mindestlohn von 23.000 Taka (ca. 195 Euro) forderten, boten die Arbeitgeber*innen lediglich an, den Mindestlohn von 8.000 auf 10.500 Taka zu erhöhen. Daraufhin gab es zahlreiche Proteste und Ausschreitungen, bei denen unzählige Arbeiter*innen verhaftet und angeklagt wurden, einige kamen sogar ums Leben. Premierministerin Sheikh Hasina legte daraufhin im November 2023 den neuen Mindestlohn auf 12.500 Taka fest, anschließend wurden alle Proteste und Demonstrationen verboten (Fischbeck 2024). Dieses Verbot war wohl entscheidend dafür, dass der CIVICUS Monitor Bangladesch in die Kategorie „unterdrückt“ einstufte (CIVICUS 2024).

Aber nicht nur in der Arbeitswelt, sondern in allen politischen Bereichen hat die Repression in den letzten Jahren zugenommen. Nimmt man die Durchführung von Wahlen und die Begleitumstände, unter denen sie durchgeführt werden, als Gradmesser für demokratische Entwicklung, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, dann konnte man im Umfeld der Parlamentswahlen in Bangladesch im Januar 2024 eine Welle von „Gewalt und Repressionen gegen die Opposition“ (IAN 2024: 5) feststellen. Insgesamt lässt sich sagen, dass die letzte Dekade in Bangladesch von wachsender Polizeigewalt gegen die Zivilgesellschaft geprägt war.

„DER RAUM FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT IN BANGLADESCH IST GESCHLOSSEN. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN KÖNNEN NUR SO LANGE FREI AGIEREN, WIE SIE DAS HERRSCHENDE SYSTEM NICHT IN FRAGE STELLEN. DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND FRIEDLICHE VERSAMMLUNG WIRD EINGESCHRÄNKT UND GEWALTSAAM VERLETZT. DIE EXTREM POLITISIERTEN STAATLICHEN INSTITUTIONEN WERDEN ALS VERLÄNGERTER ARM DER REGIERUNGSPARTEI BENUTZT, EIN TREND, DER NACH ANSICHT VIELER ZUR ENTSTEHUNG EINES TOTALITÄREN STAATES FÜHREN KÖNNTE. DIES WAR EINE EINSEITIGE WAHL, BEI DER WIR BEREITS WUSSTEN, WER DER GEWINNER SEIN WÜRD.“ (JANUAR 2024).

Dr. Mubashar Hasan, Akademiker und Aktivist für soziale Rechte, in einem Interview mit CIVICUS nach den Parlamentswahlen in Bangladesch im Januar 2024 (CIVICUS 2024: 109; Übersetzung aus dem Englischen: SÜDWIND).

DIE MONSUN-REVOLUTION

Massive Polizeigewalt zeigte sich erneut, als im Sommer 2024 Studierende begannen, gegen eine von der Regierung eingeführte Quotenregelung bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst, durch die regierungsnahen Absolvent*innen bevorzugt werden sollten, zu protestieren. Die Pro-

teste, für die der Begriff „Monsun-Revolution“ benutzt wird (so der Titel einer Studie von Human Rights Watch 2025), breiteten sich auf breite Bevölkerungsschichten aus, angeführt von der Bewegung „Student*innen gegen Diskriminierung“. Regierung und Polizei reagierten mit aller Härte. Auf Demonstrierende wurde geschossen, es gab mehr als 850 Tote und zahlreiche Verletzte. Trotzdem wuchs die Protestbewegung weiter an. Am 5. August führte der öffentliche Unmut über Jahre der Unterdrückung und Korruption schließlich zum Sturz der Regierung Hasina und zur Ernennung einer Übergangsregierung durch den Staatspräsidenten unter Führung des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus. An dieser Übergangsregierung sind auch Anführer*innen der „Student*innen gegen Diskriminierung“ beteiligt (Human Rights Watch 2025: 3f.; von Schwerin 2025).

Um zu strukturellen Veränderungen zu kommen, bildete die Übergangsregierung Mitte September sechs Kommissionen, die Empfehlungen zur Reform von Justiz, Wahlsystem, öffentlicher Verwaltung, Polizei, Antikorruptionsmaßnahmen und Verfassung entwickeln sollen. Kurze Zeit später wurden vier weitere Kommissionen eingerichtet, die Empfehlungen für Reformen in den Bereichen Medien, Gesundheit, Arbeits- und Frauenrechte erarbeiten. Ein Gremium, bestehend aus den Vorsitzenden der Kommissionen und Muhammad Yunus, soll einen Konsens zu allen umzusetzenden Empfehlungen erzielen. (Human Rights Watch 2025: 8f.). Während dieses Prozesses versuchen zivilgesellschaftliche Organisationen in Bangladesch, sich mit eigenen Empfehlungen, z.B. zur Reform des Arbeitsrechts, bei den Mitgliedern der Kommissionen und der Übergangsregierung Gehör zu verschaffen. Hierzu gehört auch ein von den Nichtregierungsorganisationen Christian Aid und Center for Policy Dialogue veröffentlichtes Diskussionspapier, das für das neue Arbeitsrecht folgende Empfehlungen enthält:

- ▶ Das neue Arbeitsrecht soll landesweit gelten, also auch in den Freien Exportzonen (EPZ - Export Processing Zones). Bisher gilt dort ein spezifisches EPZ-Gesetz, das u.a. die Betätigung von Gewerkschaften verbietet.
- ▶ Die Registrierung von Gewerkschaften soll vereinfacht werden.
- ▶ Der in den EPZ gültige Mindestlohn soll wie im restlichen Land vom Mindestlohnkomitee festgelegt werden, das sich aus Regierung, Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften zusammensetzt - und nicht wie bisher in den EPZ von einem Komitee, das sich aus dem Arbeitsministerium, dem Büro der Premierminister*in und Investoren zusammensetzt.
- ▶ Arbeitsdispute sollen im Rahmen des Arbeitsrechts verhandelt werden und nicht wie bisher im Rahmen des Strafrechts (Moazzem / Ahmed / Khan 2025: 8ff.).

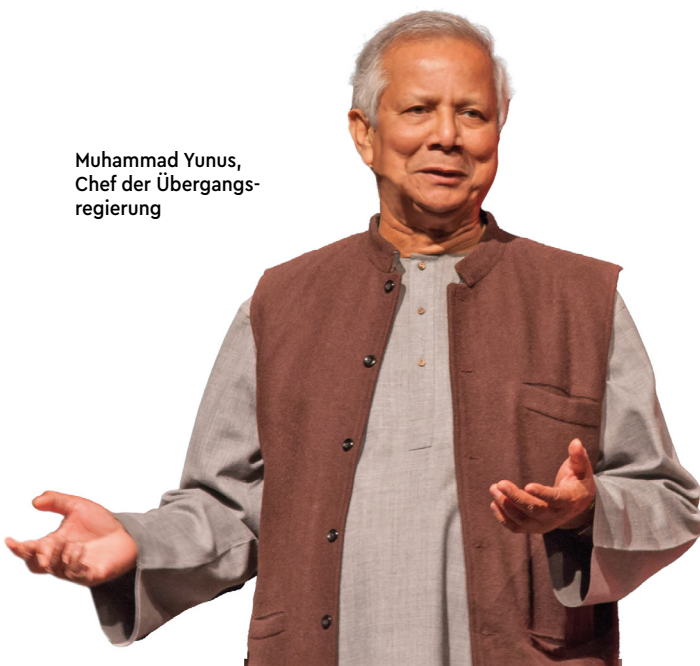
Es bleibt abzuwarten, welche dieser Empfehlungen von der Übergangsregierung übernommen werden. Klar ist jedoch, dass ihre Umsetzung einen großen Schritt in Richtung Vereinigungsfreiheit und menschenwürdige Arbeit bedeuten würde.

EIN NOCH WACKELIGER NEUANFANG

Ein zentrales Instrument der Regierung Hasina zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiheiten war die gesetzliche Kontrolle des Internets. Seit dem Jahr 2018 bildete der Digital Security Act (DSA), öffentlich dargestellt als Mittel zur Verhinderung von Hassrede im Netz, die rechtliche Grundlage für Verhaftungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Der gezielte Missbrauch des Gesetzes durch die Regierung führte zur Anklage und Verhaftung von Aktivist*innen und Journalist*innen (Brot für die Welt 2023: 26). Unter internationalem Druck wurde der DSA Mitte 2023 durch den Cyber Security Act (CSA) ersetzt. Dieser ist nach Einschätzung von Amnesty International aber nur die Fortsetzung der alten Praxis unter neuem Namen, zumal offene Fälle unter dem DSA weiterverfolgt wurden (Amnesty International 2024).

Durch den Sturz der Regierung hat die Zivilgesellschaft den Anstoß für einen Neuanfang, für Demokratisierung und Arbeitsrechte gegeben. Der CSA blieb zunächst in Kraft, auch über den Sturz der Regierung Sheikh Hasinas hinaus. Doch wie der „Business Standard“ berichtete, wurde Anfang November ein Gesetz zur Abschaffung des CSA von der Übergangsregierung vorgelegt. Ein neues Gesetz zur Unterbindung von Hassrede im Netz soll entwickelt werden (The Business Standard 2024). Zudem äußerte sich Muhammad Yunus bei einem Treffen mit US-Delegierten Ende November 2024 dahingehend, dass die Übergangsregierung „sich verpflichtet hat, weitreichende Arbeitsrefor-

Muhammad Yunus,
Chef der Übergangs-
regierung





Textilfabrik
in Dhaka,
Bangladesch

WORKER-BASED MONITORING – EIN PROJEKT ZUR STÄRKUNG VON GEWERKSCHAFTEN IN BANGLADESCH

Arbeitsbedingungen verbessern sich nur, wenn sich Beschäftigte organisieren und für ihre Rechte einsetzen können. Durch vielfältige, auch gesetzliche Behinderungen wurde es den Beschäftigten in Bangladeschs Bekleidungsindustrie bisher schwer gemacht, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Ein Projekt, an dem SÜDWIND zusammen mit Projektpartner*innen aus Bangladesch (ESDO, BILS) und Deutschland (FEMNET, INKOTA-netzwerk, HEJSupport) beteiligt ist, soll zur Stärkung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften sowie zum sozialen Dialog in Bangladesch beitragen. Kernelemente des Projekts sind zwei Methoden, mit denen die Rechteinhaber*innen in den Fabriken, also die Beschäftigten, und in den Gemeinden die Bewohner*innen zusammen mit lokalen Gewerkschaften einbezogen werden:

► Beim Worker-Based Monitoring (WBM) werden Arbeiter*innen in repräsentativen Umfragen außerhalb des Fabrikgeländes von Forscher*innen und Gewerk-

schaften zu ihrer Arbeitssituation befragt. Die Erhebungen liefern verlässliche Informationen über Arbeitsbedingungen und (inter) nationale Arbeitsnormen. Die erhobenen Daten befähigen lokale Gewerkschaften, in bilateralen Verhandlungen mit der Fabrikleitung Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Gleichzeitig werden die Arbeiter*innen über ihre Rechte informiert und den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, ihre Bemühungen zur Organisation der Beschäftigten auszuweiten.

► Das Community-Based Monitoring (CBM) konzentriert sich auf die Umweltauswirkungen der jeweiligen Produktion in den umliegenden Gemeinden. Gemeinsam mit den Anwohner*innen werden negative Umweltauswirkungen dokumentiert, Proben erhoben und anschließend analysiert. Die erhobenen Daten zu Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefahren werden genutzt, um sowohl die Regierung als auch die Unternehmen zum Handeln

zu bewegen und die Umweltvorschriften zu verbessern. Durch die Einbeziehung und Schulung von Gemeindemitgliedern wird sichergestellt, dass diejenigen, die am stärksten von den industriellen Aktivitäten betroffen sind, gestärkt werden und eine direkte Rolle bei der Überwachung und Abmilderung dieser Auswirkungen spielen.

Die Ergebnisse beider Monitoring-Verfahren werden in einem öffentlich zugänglichen Datentool veröffentlicht, das für Risikoanalysen, Beschwerdeverfahren und Abhilfemaßnahmen genutzt werden kann. Durch den regelmäßigen Dialog zwischen der Fabrikleitung, den Rechteinhaber*innen und anderen wichtigen Interessengruppen können nicht nur Probleme erkannt und gemeinsam angegangen werden, sondern der Handlungsspielraum von Arbeiter*innen, Anwohner*innen, Gewerkschaften und NRO wird über diesen Ansatz auch geschützt und gestärkt.

Für weitere Informationen siehe www.textile-incidents.info



Arbeiterinnenproteste
in Bangladesch,
Januar 2025

widrigen Praktiken fort, nur richtet sie diese nun gegen Anhänger*innen des gestürzten Regimes. Zehntausende Menschen, vor allem Anhänger*innen der Partei von Sheikh Hasina, der Awami-League, wurden wegen Korruption, Mord oder anderer Verbrechen angeklagt. Auch Anklagen gegen „unbekannt“ werden, wie schon unter der vorherigen Regierung, von der Polizei genutzt, wodurch im Prinzip jede*r ins Auge der Strafverfolgung geraten kann (Human Rights Watch 2025: 9f.). Die aufkeimende Kritik an der Übergangsregierung, u.a. aufgrund der Kontinuität zu missbräuchlichen Polizeipraktiken aus dem alten Regime, zeigt, dass Zeit ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Demokratisierung ist.

FAZIT

Seit mittlerweile sechs Monaten ist die Übergangsregierung im Amt. Wie lange sie das aber noch bleiben wird, ist völlig unklar. Soll es so bald wie möglich Neuwahlen geben – mit dem Risiko, dass sich eines der alten politischen Lager erneut in der Macht einrichtet und sich längst nicht so viel ändert, wie es sich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erhoffen? Oder sollen Neuwahlen so lange wie möglich, eventuell sogar mehrere Jahre, hinausgezögert werden, damit die Übergangsregierung mehr Zeit hat, strukturelle Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung umzusetzen – mit dem Risiko, demokratische Strukturen zu schwächen, zu denen auch allgemeine, freie Wahlen gehören? Der Demokratisierungsprozess in Bangladesch steht vor existenziellen Fragen.

Damit die begonnenen Reformprozesse von Akteur*innen des alten Regimes nicht zurückgedreht werden, ist auch internationale Solidarität wichtig. Dazu zählt die klare politische Unterstützung des Reformprozesses durch Deutschland und die EU. Dazu gehört aber auch die Verantwortung internationaler Auftraggeber*innen aus der Bekleidungsbranche, die in dieser Umbruchphase verlässliche Geschäftspartner*innen sein müssen, damit die vielen Millionen Bekleidungsarbeiter*innen in Bangladesch ihren Arbeitsplatz behalten und ihre Löhne gezahlt bekommen. Und, wie Nazma Yesmin, Direktorin im Bangladesh Institute of Labour Studies, im Interview (s. Kasten) betont, benötigen die bangladeschischen „Gewerkschaften konsequente Solidarität, Zusammenarbeit und kontinuierliche Partnerschaften, um die Herausforderungen dieser Übergangsphase zu bewältigen“.

men durchzuführen“ (Dhaka Tribune 2024). Mit der Einrichtung einer Kommission zur Reform des Arbeitsrechts wurde dies bereits eingeleitet.

Ein entscheidender Faktor dafür, ob der Neuanfang in Bangladesch wirklich gelingt, wird die Reform der Polizei sein, die in den letzten Jahren – und besonders während des revolutionären Umsturzes im Sommer 2024 – nicht als Schutz- und Ordnungsinstrument, sondern als Mittel der politischen Unterdrückung auftrat (Lewis / Liller 2024). Wie schwierig diese Umgestaltung sein wird, zeigt eine Studie von Human Rights Watch aus Anfang 2025. Auch unter der Übergangsregierung fährt die Polizei mit ihren menschenrechts-

BANGLADESCH – „KONSEQUENTE SOLIDARITÄT“ IST NÖTIG

Zur zivilgesellschaftlichen Landschaft in Bangladesch gehören zahlreiche Organisationen, die sich für die Rechte von Beschäftigten einsetzen. Zu diesen gehört auch BILS, das Bangladesh Institute of Labour Studies. Mit BILS arbeitet SÜDWIND im Rahmen des Projektes zur Stärkung von Rechtenhabenden zusammen. Weitere Projektpartner*innen sind die deutschen NROs FEMNET (Lead), INKOTA-netzwerk, HEJSupport und ESDO (eine Umweltorganisation aus Bangladesch).



Nazma Yesmin, Direktorin (Forschung und Entwicklung), bei BILS

Nazma Yesmin, eine langjährige BILS-Mitarbeiterin antwortete auf SÜDWIND-Fragen zu ihrer Arbeit beim Institut und die Lage der Zivilgesellschaft in Bangladesch nach dem Sturz der Regierung Hasina.

Nazma, kannst Du Dich kurz vorstellen?

Ich bin Nazma Yesmin und arbeite beim Bangladesh Institute of Labour Studies (BILS) als Direktorin (Forschung und Entwicklung). Ich arbeite dort seit 2005. Vor meiner Tätigkeit bei BILS arbeitete ich für eine andere Nicht-Regierungsorganisation Nari Uddug Kendra (NUK). Das ist eine Frauenorganisation, die sich auf nationaler Ebene für die Gleichstellung der Geschlechter und die Menschenrechte einsetzt. Sie fördert die persönliche und politische Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen in Bangladesch und bietet Frauen und ihren Organisationen Unterstützung beim Aufbau von

Kapazitäten, bei der Vernetzung und bei der Verteidigung der Menschenrechte.

Kannst Du uns einen kurzen Überblick über BILS und Deine Tätigkeit dort geben?

BILS setzt sich für die Belange der arbeitenden Menschen und der Gewerkschaften in Bangladesch ein. 12 große nationale Gewerkschaftsverbände sind mit BILS assoziiert. Die Aufgabe von BILS besteht darin, die Gewerkschaftsbewegung in Bangladesch zu unterstützen, damit sie als Sozialpartner und Vorhut für menschenwürdige Arbeit und demokratische Entwicklung agieren kann. BILS unterstützt die Bemühungen der Gewerkschaften im sozialen Dialog durch Forschung, Analysen, Positionspapiere, Schulungen, Lobbyarbeit/Kampagnen und Vernetzung. BILS fördert zudem den Aufbau von Kapazitäten und die Organisierungsbemühungen der Gewerkschaften.

In unserem gemeinsamen Projekt verfolgen wir den neuen Ansatz des „Worker-Based Monitoring“, Was ist das Besondere an diesem Ansatz und was verspricht sich BILS davon?

Worker-Based Monitoring (WBM) ist ein besonderer Ansatz. Er zielt darauf ab die Beschäftigten zu befähigen, eine aktive Rolle bei der Beobachtung und Berichterstattung über die Bedingungen am Arbeitsplatz, die Verletzung von Arbeitsrechten und die Einhaltung von Arbeitsgesetzen zu übernehmen. Der Ansatz unterstützt die Gewerkschaften bei ihrem sozialen Dialog und bei (Tarif-) Verhandlungen mit den Arbeitgeber*innen in der Fabrik. Es ist ein Instrument, das einige evidenzbasierte Informationen und Daten liefert, die den Fabrikbesitzenden dabei helfen können, ihre Einhaltung und Standards zu überprüfen und auf weitere Verbesserungen hinzuarbeiten. Dieser Ansatz er-

möglicht es allen relevanten Akteur*innen der Lieferkette, die Situation der Arbeiterinnen zu verstehen – insbesondere in Bezug auf Arbeitsrechte, Praktiken am Arbeitsplatz und die Einhaltung internationaler Standards. Zudem fördert WBM den Dialog von dreigliedrigen Gremien aus Regierung, Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu fördern und die Rechte der Arbeiter*innen und ihren Lebensunterhalt zu sichern. BILS betrachtet WBM als ein transformatives Instrument zur Verbesserung des Lebens der Arbeiter*innen und der Arbeitsplatzstandards. Dieses Instrument wird dazu beitragen, evidenzbasierte Daten aus den ausgewählten Fabriken zu erhalten, die sich auf Rechtsverletzungen und Lücken bei der Einhaltung von Gesetzen und Normen konzentrieren. Die aktive Beteiligung der Gewerkschaften wird ein Gefühl der Eigenverantwortung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen schaffen. Diese regelmäßige Kontrolle durch die Arbeiter*innen soll die Arbeitgeber*innen dazu veranlassen, höhere Standards bei der Einhaltung der Vorschriften einzuhalten. Die Gewerkschaften werden durch Schulungen gestärkt, die dadurch eine wichtige Rolle beim Schutz der Rechte der Arbeiter*innen vor Ort spielen können.

Während ihr mit der Datenerhebung im WBM begonnen habt, wurde die Regierung gestürzt. Wie beurteilst Du die aktuelle Lage in Bangladesch seit dem Sturz der Regierung Hasina? Hat sich die Situation für die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften verbessert? Muhammad Yunus sprach von „weitreichenden Arbeitsreformen“. Hältst Du das für realistisch?

Die aktuelle Lage in Bangladesch zu beurteilen, ist in dieser Übergangszeit wirklich schwierig. Die Übergangsregierung wird von

Anhänger*innen der Bewegung „Student*innen gegen Diskriminierung“ unterstützt. Die meisten funktionierenden politischen Parteien unterstützen die Übergangsregierung bei der Stabilisierung der politischen und sozialen Normen. Die wirtschaftliche Lage und der Arbeitsmarkt befinden sich aufgrund der steigenden Inflation, des Anstiegs der Rohstoffpreise und der begrenzten Fortschritte bei der Bewältigung einiger dringender Probleme sowie plötzlicher Forderungen verschiedener Gruppen in einer Krise. Professor Muhammad Yunus, der die Übergangsregierung leitet, kündigte am 11. September 2024 offiziell die Bildung mehrerer Reformkommissionen an, die den Staat Bangladesch wieder aufbauen sollen, um den Erwartungen der Protestbewegung gerecht zu werden und einen allgemeinen Konsens im politischen Bereich herzustellen. Die Interimsregierung hat sich auch um die Förderung der nationalen Einheit und des Konsenses zwischen den politischen Parteien bemüht, um die Rechtsstaatlichkeit vollständig herzustellen und demokratische Wahlen vorzubereiten. Die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften werden als wichtige Akteur*innen anerkannt und sind an verschiedenen Reforminitiativen und

Ausschüssen beteiligt. Unter den zahlreichen Reformkommissionen hat die Regierung auch eine Arbeitsreformkommission gebildet, in der Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen, Akademiker*innen und Arbeitgeberverbände vertreten sind. Alle themenbezogenen Reformkommissionen treffen sich mit verschiedenen Gruppen und relevanten Interessenvertreter*innen, um zu beraten und Empfehlungen zu erarbeiten. Abgesehen davon hat die Interimsregierung den Ausschuss für die Reform des Arbeitsrechts gebildet, den dreigliedrigen beratenden Ausschuss (TCC) umstrukturiert und eine jährliche Lohnerhöhung von 9 % für Beschäftigte der Bekleidungsindustrie verkündet. Die Regierung gab auch eine öffentliche Erklärung gegenüber der internationalen Ebene ab, dass sie die internationalen Arbeitsnormen erfüllen wird, um menschenwürdige Arbeit für die Beschäftigten zu fördern. Es ist aber auch festzustellen, dass einige Arbeiter*innen ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil ihre Fabriken aus verschiedenen Gründen geschlossen wurden, und zwar nicht nur in der Textilindustrie, sondern auch in anderen Sektoren. Während dieser Zeit gingen die Arbeiter*innen für verschiedene Forderungen auf die Straße. Während der Proteste und

Bewegungen kam es zu Arbeitsunruhen, und viele Arbeiter*innen wurden verletzt und von den Vollzugsbehörden verhaftet. Die Situation verbessert sich, und es ist zu erwarten, dass das Engagement aller Beteiligten, der Dialog und die Initiativen und Maßnahmen der Regierung dazu beitragen werden, ein günstiges Umfeld für die Arbeiter*innen zu schaffen, das zur nationalen Wirtschaft und zur politischen Stabilität sowie zur Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts beitragen wird.

Welche Art von internationaler Unterstützung wäre für den Reformprozess in Bangladesch erforderlich?

Bangladesch benötigt erhebliche diplomatische Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft und der Entwicklungspartner, um die demokratischen Institutionen wiederherzustellen, z.B. durch die Ermöglichung partizipativer Wahlen, und um seine Volkswirtschaft zu stabilisieren. Institutionelle und intellektuelle Unterstützung bei gezielten Reformprozessen würde die Wirksamkeit dieser Bemühungen erheblich steigern. Darüber hinaus brauchen die Gewerkschaften konsequente Solidarität, Zusammenarbeit und kontinuierliche Partnerschaften, um die Herausforderungen dieser Übergangsphase zu bewältigen. ♦

FÖRDERER



LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://t1p.de/ogsiz> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



IMPRESSUM

Bonn, April 2025

HERAUSGEBER:

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0info@
suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODE33DKD

AUTORIN: Dr. Sabine Ferenschild

REDAKTION UND LEKTORAT:
Maike Adams, Nina Giaramita,
Irene Knoke

V.I.S.D.P.:

Dr. Ulrike Dufner

GESTALTUNG:

twotype design, Hamburg

DRUCK UND VERARBEITUNG:

Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf Recycling-Papier

factsheet

Bangladesch: Ein
Land verändert sich
2025-04

